

3192/J XX.GP

der Abgeordneten Dr Partik-Pablé, Mag. Haupt
und Kollegen

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

betreffend geplante Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes

Nach Meldung einer bekannten österreichischen Behindertenorganisation, plant das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes. In diesem Beamtendiskussionspapier seien Maßnahmen vorgesehen, die eine Demontage des derzeit geltenden Bundespflegegeldgesetzes bedeuten würde und eklatante Verschlechterungen und eine drastische Verringerung der Lebensqualität für die mehr als 300000 in Österreich lebenden hilfs- und pflegebedürftigen Menschen mit sich bringen würde.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher in diesem Zusammenhang an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachstehende

ANFRAGE:

- 1) Ist Ihnen der oben dargestellte Sachverhalt bekannt?
- 2) Stimmt es, daß ein Diskussionspapier erarbeitet wurde, in welchem eine Novellierung des Bundespflegegeldgesetzes diskutiert wird? Wenn ja, wie ist der vollständige Wortlaut dieses Positionspapieres?
- 3) Aus welchen Gründen planen Sie eine Novellierung des derzeit geltenden Gesetzes?
- 4) Glauben Sie nicht, daß eine Verschärfung der Zuordnungskriterien auf Kosten der pflege- und hilfsbedürftigen Menschen gehen und dadurch zukünftig eine noch größere Anzahl von Menschen von der Abschiebung in Institutionen bedroht sein würde?
- 5) Stimmt es, daß in diesem Positionspapier nicht vorgesehen ist, die Richtwerte zu erhöhen, sondern nur die Stundenanzahl, womit es in Zukunft kaum mehr möglich sein wird, in die Stufen 5 bis 7 eingestuft zu werden?